

VEREINS-ANZEIGER

Organ der Vereinigung der Maler, Lackirer, Anstreicher, Tüncher und Weissbinder

sowie der freien eingeschr. Hilfskasse Nr. 71 vorstehender Gewerbe.

Redaktion und Expedition: Hamburg 22, Schmalenbeckerstrasse 17, Telephon Amt III, 3622.

Der gegenwärtige Stand der Wohnungsreform.

Die Wohnungsfrage beschäftigt heutzutage mehr als je mehr Sozialpolitiker und Behörden. Nicht ohne Ursache, denn weite Kreise des Volkes sind nicht mehr imstande, ihrem Verdienst entsprechende Wohnungen zu finden; im Gegenteil werden sie durch die fortwährende Steigerung der Mieten in eine wirkliche Nothlage verfeht. Dnehin wird die Existenz der besitzlosen Proletarier heutzutage immer schwieriger. Durch die hereinbrechende Wirtschaftskrise wird die Arbeitslosigkeit immer knapper, mit Hilfe von Zöllen und Unternehmungskereinigungen vertheuert man ihnen die Lebensmittelpreise, der Wohnungswucher treibt die Mieten in die Höhe — und wenn dann die Arbeiter auf Grund einer ausgleichenden Gerechtigkeit eine entsprechende Erhöhung ihrer Löhne fordern, so schreit die Kapitalistensippenschaft über Unverschämtheit und maßlose Begehrlichkeit.

Daß die Wohnungsnoth immer drückender wird, kann kein unparteiischer Beobachter mehr bestreiten und immer zahlreicher werden die Stimmen aus den Kreisen der Sachkundigen, die eine Lösung dieser brennenden Frage dringend fordern. Immer zahlreicher auch werden die Versuche von staatlicher, städtischer, genossenschaftlicher und privater Seite, etwas zu dieser Lösung beizutragen. Da muß man sich denn über die bodenlose Unverschämtheit der deutschen Hausagrarier wundern; die auf ihrem letzten Verbandstage in Hannover das Vorhandensein einer Wohnungsnoth rundweg ab'ergne' n und jedes behördliche Eingreifen in die Entwicklung des Wohnungswezens als „eine Ungerechtigkeit gegen die andern nicht bevorzugten Gesellschaftsklassen“ bezeichneten. Mit großer Frechheit behaupteten sie, die angebliche Wohnungsnoth sei nur ein Agitationsmittel der Sozialdemokraten, die durch die Bodenreformer in ihrer Hebrarbeit unterstützt würden. Sogar den ungemein segensreich wirkenden Baugenossenschaften erklärten diese Prozen den Krieg, denn die Baugenossenschaften dienen aufwiegenden, Klassen-, Staats- und gesellschaftsfeindlichen Bestrebungen als Stützpunkte und helfen das Volk nicht im sozialen, sondern im sozialdemokratischen Sinne zu erziehen. Als gelehrige Schüler der Hausagrarier haben sich die deutschen Baugewerksmeister bewiesen, die auf ihrem Verbandstage in München gegen die von staatlicher und städtischer Seite ergriffenen Maßregeln zur Milderung der Wohnungsnoth protestirten, weil dadurch die individuelle Freiheit beschränkt werde. (Wer lacht da?) Mit einer Frechheit sondergleichen behaupteten diese Schilb'nappen des Hausagrarierthums: „Eine Wohnungsnoth existirt nicht; die Arbeitslöhne sind so hoch, daß jeder solide Arbeiter sich eine seinen Verhältnissen entsprechende Wohnung mieten kann.“ Diese Leute haben gar kein Gefühl dafür zu haben, wie ungeheuerlich lächerlich sie sich durch solche Behauptungen machen.

Diesen hausagrarischen Ablehnungsversuchen stehen zahlreiche amtliche und private Aeußerungen zur Sache schroff entgegen. Wir wollen nur ein paar daraus hervorheben. In der im Juni ds. Jz. herausgegebenen Festschrift zur 47. Hauptversammlung des Vereins deutscher Ingenieure in Kiel finden wir folgenden Satz: „Der in allen Großstädten zur Zeit des Aufschwunges der Industrie beobachtete Wohnungsmangel äußert sich auch hier in wenig angenehmer Weise; es fehlt nicht nur an kleinen Wohnungen, auch an größeren herrscht ein empfindlicher Mangel.“ Der diesjährige Städtetag der Provinz Hannover beschäftigte sich ebenfalls mit der Wohnungsfrage und der Referent, Oberbürgermeister Führer aus Emden, stellte die Behauptung auf, daß die Stadtgemeinden sich bei der immer größer werdenden Schwierigkeit, das Wohnungsbedürfnis der weniger bemittelten Bevölkerungsklassen zu befriedigen, der Aufgabe nicht entziehen könnten, alle auf Herstellung gesunder und billiger kleiner Wohnungen abzielenden Bestrebungen thunlichst zu unterstützen; Staat und Stadtgemeinden müßten zur Erreichung dieser Zwecke zusammenwirken, namentlich müsse die staatliche Gesetzgebung und die staatliche Bodenpolitik die Bemühungen der Gemeinden in dieser Hinsicht unter-

stützen. Auch die Berliner Stadtverordnetenversammlung behandelte vor kurzem wieder einmal die Wohnungsnoth, und der Stadtverordnete Singer wies darauf hin, daß es halb an der Zeit sei, den am 22. März ds. Jz. gefaßten Beschluß, von Seiten der Stadtverwaltung für die Herstellung kleiner Wohnungen zu sorgen, thatsächlich zur Ausführung zu bringen. Die schwere wirtschaftliche Krise und die kolossale Arbeitslosigkeit in Berlin müsse dazu führen, in der Wohnungsfrage schnell und energisch zu handeln. Der statistische Amt der Stadt Charlottenburg stellte fest, daß in Charlottenburg das Angebot an kleinen Wohnungen fast völlig erschöpft ist, was eine ganz bedeutende Steigerung der für die Wohnungen geforderten Mieten im Gefolge gehabt hat.

Sogar der sonst so konservative Hamburger Senat hat die Nothwendigkeit eingesehen, der Frage der Wohnung noch näher zu treten. In dem vor kurzem darüber erstatteten Bericht heißt es: „Darüber sind die Meinungen kaum getheilt, daß die private Bauhätigkeit sich von dem Bau kleiner Wohnungen mehr und mehr zurückgezogen habe und daß angesichts des dadurch hervorgerufenen, sich beständig steigenden Wohnungsmangels es eine unabwiesbare Pflicht des Staats sei, zur Beseitigung dieses Mangels mitzuwirken. . . . Nach der Mietestatistik für die Jahre 1897/1900 ist festgestellt, daß trotz beständigen Anwachsens gerade der arbeitenden Bevölkerung die Zahl der kleinen Wohnungen im Mietgewerbe bis zu 300 M nicht nur infolge Nachlassens der Bauhätigkeit keine Zunahme erfahren hat, sondern im Gegenteil, zum Theil infolge der durch die wachsende Nachfrage mit verzugsamen Mietsteigerung, von 62 467 auf 57 945 gesunken ist. Im Dezember 1900 betrug die Zahl der leerstehenden kleinen Wohnungen nur noch 755, worunter sich noch dazu manche Wohnungen befanden haben, die für Wohnzwecke zwar bestimmt, aber nicht dazu geeignet waren. Der Vorrath an kleinen Wohnungen ist also nahezu erschöpft und in nothwendiger Folge davon die Nachfrage nach solchen Wohnungen so gestiegen, daß Familien, von denen der Hauseigentümer wegen großer Kinderzahl oder aus anderen Gründen eine rasche Abnützung der Wohnung beabsichtigt, erfahrungsgemäß schon gegenwärtig nur schwer in der Lage sind, eine ihren Einkommensverhältnissen entsprechende Wohnung zu finden.“

Auch die Regierung des Königreichs Preussens hat seit einiger Zeit ihre Aufmerksamkeit der Wohnungsreform zugewandt. Abgesehen davon, daß von amtlicher Seite aus eine umfassende Wohnungsgesetzgebung angeordnet worden ist, haben die vier Minister des Innern, des Kultus, der Landwirtschaft und des Handels Erlasse an die Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten gerichtet, worin sie eine Wohnungsreform befehligen. Der erste Erlaß fordert die Oberpräsidenten auf, für ihre Provinz einen die verschiedenen wirtschaftlichen und sozialen Kräfte zusammenfassenden „Zentralverein zur Förderung des Wohnungswesens“ ins Leben zu rufen und außerdem ihren Einfluß dahin geltend zu machen, daß den gemeinnützigen Bauvereinen der Provinz aus den etwa vorhandenen öffentlichen Fonds billige und reichliche Kredite gegeben werden. Der zweite, an die Regierungspräsidenten gerichtete Erlaß beschäftigt sich fast nur mit Einwirkungen, welche die Regierungspräsidenten auf die Gemeinden und Kreise ausüben sollen, aber fast gar nicht mit eigener, selbst auszuübender Hilfsstätigkeit. Die Regierungspräsidenten sollen die Wohnungsverhältnisse ihres Bezirkes, namentlich in den größeren Städten, eingehend prüfen und da, wo diese Verhältnisse ungünstig sind — und wo wären sie dies wohl nicht? — auf die Gemeinden einwirken, daß diese selber für ihre unteren Beamten und Arbeiter Wohnungen errichten und daß sie die gemeinnützigen Baugesellschaften unterstützen; sie sollen ferner ihren Einfluß dahin ausüben, daß die Gemeinden den Lokalverkehr nach den Außenbezirken möglichst erleichtern und vor Allem, indem sie eine zweckmäßige Bodenpolitik treiben, d. h. daß sie möglichst viel Bauland erwerben und dieses der Spekulation entziehen; sie sollen dies Land vielmehr entweder selbst bebauen oder in Erbbaurecht zur Bebauung verpachten oder auch an Baugenossenschaften zu angemessenen Preisen überlassen.

Die in diesen Erlässen aufgestellten Grundsätze entsprechen natürlich nicht dem, was wir vom Staate in Bezug auf die Wohnungsreform fordern, bedeuten aber immerhin einen kleinen Fortschritt. Verfehlt scheint es uns einerseits,

daß nur für die städtischen Argestellten Wohnungen gebaut werden sollen und daß man andererseits die Wohnungsfürsorge auf die Schultern der Gemeinden abzuwälzen versucht. Da in den meisten Gemeinden das Hausagrarierthum das Heft in den Händen hat, so kann man auf das Schlimmste gefaßt ein. Das vom Hamburger Senat in Vorschlag gebrachte „Gesetz, betreffend Förderung des Baues kleiner Wohnungen“ läßt in dieser Beziehung tief blicken. Anstatt daß der Staat selbst den Bau dieser Wohnungen in die Hand nimmt, will er den profitierenden Bauunternehmern staatlichen Grund und Boden zu billigen Preisen und günstigen Zahlungsbedingungen überlassen und ihnen noch sonstige Erleichterungen verschaffen. Die Hausagrarier der Hamburger Bürgerschaft witterten sofort „den guten Kern“ dieser Vorlage und erklärten ihre Sympathie damit. „Der Senat“, so erklärten ihre Wortführer, „berzichtet auf den Bau durch sich selbst und auf das Mittel der Baugenossenschaften, eröffnet vielmehr dem Grundeigentümer wieder die Aussicht, durch den Bau kleiner Wohnungen eine Rente zu erlangen. Das macht die Annahme der Vorlage durch den Grundbesitz leichter. Soll die Bauhätigkeit gefördert werden, müssen Kapitalisten gefunden werden, die ihr Kapital in diesen Wohnungen anlegen. Daran fehlt es, und zwar deshalb, weil die Verzinsung von in Grundstücken investiertem Kapital ebenso unsicher ist wie die Bezahlung. Es ist nothwendig, wieder zu einem Zinsfuß zu gelangen, sowie den Hypothekenmarkt zu saniren. Die Verhältnisse auf dem Geldmarkt machen bei Geldknappheit die Kündigung von Hypotheken nothwendig. Diese ist in vielen Fällen geschehen, wodurch die Inhaber von Revenuem-Wohnhäusern oft in schwere Verlegenheiten gerathen sind. Fruchtbar ist der Vorschlag des Senats in der jetzigen Vorlage, unerschöpfbare Mittel zum Bau kleiner Wohnungen herzugeben, wenn auch die Bedingungen für die Zurückzahlung des entliehenen Kapitals noch erleichtert werden müssen.“

Bei dem übermächtigen Einfluß des Hausagrarierthums in Staat und Gemeinden hat es mit der Durchführung einer energischen, gründlichen Wohnungsreform wohl noch gute Wege. Umso mehr ist es die Pflicht der Arbeiter selbst, sich mehr als bisher mit der Wohnungsfrage zu beschäftigen. Der Lübecker Parteitag hat die Diskussion dieser Frage durch ein Referat von Dr. Südekum in Fluß gebracht und es ist zu hoffen, daß sie nicht so bald wieder einschlafen wird. Der Referent hatte Recht, wenn er einleitend bemerkte, daß die Wohnungsfrage ein umfassender Begriff ist und sehr viele Schwierigkeiten in sich birgt, die aber bei einem ersten Wollen des Proletariats überwunden werden können. Er hatte ferner Recht, wenn er immer wieder darauf hinwies, daß es Pflicht der Gemeinden, der Einzelstaaten und des Reiches sei, die Wohnungsreform zu fördern. Auch seine Behauptung, daß eine wirksame Bekämpfung der Wohnungsnoth einen bestimmten Einfluß des organisierten Proletariats auf Staat und Gemeinde zur Voraussetzung habe, traf das Richtige. Vor allen Dingen aber können wir die Schlussworte des Referats unterschreiben, die da lauten: „Wir flüchten uns nicht vor einem Streik der Hausbesitzer, im Gegentheil, ein solcher würde die kommunale Thätigkeit anspornen. Die Wohnungsfrage ist eine Machtfrage, mit der nöthigen Macht läßt sich etwas schaffen. Diese Macht müssen wir erreichen, insofern ist auch dies eine Aufgabe des Klassenkampfes und insofern mündet die Wohnungsfrage ein in den großen proletarischen Kampf um die Befreiung aus sozialem Elend; insofern ist es richtig, daß die Wohnungsfrage nicht zu lösen ist, ehe nicht der Kapitalismus beseitigt ist.“

Wir werden von Zeit zu Zeit auf die neuen Erscheinungen im Gebiete der Wohnungsreform aufmerksam machen, um unsere Kollegen auf dem Laufenden zu halten. Zu Diskussionen in Versammlungen bietet dieses Thema reichen Stoff.

Die medizinische Wissenschaft und der Zolltarif.

Fortgesetzt mehrten sich die Rundgebungen aus den verschiedensten Kreisen, welche sich dem neuen Entwurf gegenüber ablehnend verhalten. So brachte auch jüngst die „Deutsche medizinische Presse“ einen Artikel, der in überzeugender Weise die Zollherabsetzungen der Nahrungsmittel und hygienischen Folgen für die allgemeine Volksernährung behandelt. Es heißt u. A. darin:

Aus unserem Berufe.

„Gleichmüthig wird man auch die Vertheuerung einiger Genussmittel hinnehmen, nicht so aber die der Nahrungsmittel. Eine kleine Tabelle soll uns über die geplanten Neuerungen auf diesem Gebiete belehren. Bisher erhielt man für eine Mecklenburger in den einzelnen Nahrungsmitteln folgende Mengen an resorbierbaren Nahrungstoffen:

Nahrungsmittel	Resorbierbare Nahrungstoffe			Maler Gehalt	Bisheriger Gehalt
	Eiweiß	Fett	Kohlehydrate		
Rind	135,8	32,8	3,2	25,0	9,0
Schwein	91,4	235,3	—	10,0	6,0
Gans	68,9	192,3	—	0,7	—
Huhn	80,1	39,4	5,3	6,1	—
Eier	419,9	135,0	67,5	30,0	18,0
Brot	97,4	92,0	4,4	6,0	2,0
Erbsen, Bohnen, Linfen	460,0	45,0	1400,0	4,0	1,5
Weizen	70,4	25,7	1166,5	6,4	4,0
Weizenbrot	114,5	3,1	1104,8	6,5	3,5
Woggenbrot	188,2	15,5	1889,7	6,0	3,5
Obst (getrocknet)	18,5	—	612,0	8,0	4,0

Hieraus ergibt sich also, daß gerade für die billigsten und besten Nahrungsmittel der Zoll um das Doppelte, Dreifache und noch mehr steigen soll. Wohin aber führt dies? Schon heute, wenn der Klassen- oder Armenarzt bei Schwächezuständen dem Patienten anrät, er solle etwas für sich thun, sich kräftig ernähren, stößt er oft genug auf eine erbarmungslose Mangelkost. Wieviel es doch zahlreiche Arbeiterinnen in Berlin, denen trotz 11stündiger Arbeitszeit nur 20 bis 30 Pfg. für ihr Alltagsbrot zur Verfügung stehen. Glaubt man, daß mit dem Steigen der Lebensmittelpreise die Hungerlöhne gleichzeitig steigen werden? Nun — man wird eben leider noch mehr Heilstätten und Krankenhäuser in Zukunft bauen müssen.“

Es wäre erfreulich, wenn gerade von Seiten der Aerzte diese Frage auch fernerhin in den Mittelpunkt der Diskussion gestellt würde, zumal in letzter Zeit die Brodrechtverwertung mit der Aufsicht eines Arztes renommirt, worin aus der beabsichtigten Brodrechtverwertung die segensreichsten hygienischen Folgen prophezeit werden.

Wie aus einer uns zugegangenen Notiz ersichtlich, wird durch den neuen Zolltarif auch die deutsche Linoleum- und die deutsche Seifenindustrie schwer betroffen. Der Tarif belastet nämlich zwei sehr wichtige Rohmaterialien, das Leinöl und die Erdharze, mit so gesteigerten Zöllen, daß die Existenz- und Absatzfähigkeit der Linoleumfabriken im Inlande und Auslande untergraben werden müßte. Allein die beabsichtigte Erhöhung des Leinölszolls von 4 auf 6 Mt. für 1 dz würde diese Industrie durch einen Mehraufwand von etwa 400 000 Mt. jährlich treffen. Eine etwa zu veranschlagende Preissteigerung für die Fertigfabrikate würde den Absatz derselben im Inlande bedeutend herabmindern, da der allgemeine Konsum von Linoleum die Ueberschreitung einer gewissen Preisgrenze nicht gestattet. Dabel muß in Betracht gezogen werden, daß in der Linoleumindustrie etwa 200 Beamte und 3000 Arbeiter beschäftigt sind und andere Industriezweige jährlich Materialien im Werthe von circa 20 Millionen Markt liefern.

Für die deutsche Seifenindustrie hat die in dem Zolltarifentwurf vorgesehene Zollerhöhung auf Leinöl von 4 auf 6 Mt. für 1 dz deshalb ein besonderes Interesse, weil Leinöl im größeren Umfange bei der Herstellung der sogenannten Schmierseifen verwandt wird und wegen seiner chemischen Eigenart durch kein anderes Öl in vollem Umfange zu ersetzen ist. In ganz Nord-, Nordwest- und Westdeutschland, sowie den preussischen Provinzen macht die Herstellung der Leinölseifen (Schmierseifen) etwa fünf Sechstel der gesammten Seifenproduktion aus und deckt ausschließlich die Bedürfnisse der Arbeiterbevölkerung und der industriellen Betriebe.

Ueber die Wirkungen der geplanten Zollerhöhungen für die deutsche chemische Industrie urtheilt die „Süddeutsche Chemikerzeitung“ in folgender Weise:

„Ist es nicht eigenthümlich, wenn man noch immer Soda mit 90 Pfg. bis 1,50 Mt. je nach dem Grade der Entwässerung und Reinigung schätzen will, wenn man bedenkt, daß unsere Sodaproduktion von 42 000 Tonnen im Jahre 1878 auf 100 000 im Jahre 1884, auf 300 000 Tonnen im Werthe von 27 Millionen Markt im Jahre 1897 gestiegen ist.“

Welche Gefühle muß es herberrufen, daß man einen Dreimark-Zoll auf schwefelsaures Ammoniak für nothwendig hält, wo Deutschland den fünften Theil der Weltproduktion repräsentirt. Am komischsten berührt es, wenn man selbst in der Farberindustrie, wo mehr als die Hälfte der deutschen Produktion ausgeführt wird, noch immer Schutzzölle findet . . .

Wenn man so kurzschäftig vorgeht, fordert man ja direkt Gegenmaßregeln gegen unsere Färbereindustrie heraus, die allein in drei Fabriken 13 800 Arbeiter beschäftigt. Der Export dieser Industrie hat sich vom Jahre 1896 ab von 33 auf 75 Millionen Markt erhöht. Die Ausfuhr von Alizarin hat sich allein von 1883 ab mehr als verdoppelt, von 4000 Tonnen stieg sie auf 9600 im Jahre 1899, aber was bedeutet dies gegen die Steigerung der Fabrikation von Anilins- und Theerfarben von 660 Tonnen im Jahre 1883 auf 23 781 Tonnen im Jahre 1900, von Anilinfärbstoffen und Anilinfarben wurden im Jahre 1883 360 Tonnen, im Jahre 1900 12 613 Tonnen exportirt . . .

In Firnissen und Lacken haben wir die englische Industrie fast vollständig aus dem Felde geschlagen, vom heimischen Markt alle Konkurrenten weggedrängt, und trotzdem werden Zölle von 3 bis 30 Mt. für alle Firnisse, Lacke, Ritze gefordert, mit Ausnahme von Asbestanstrichen und ähnlichen aus Asbest hergestellten Waaren dieser Art . . .

So liegen sich die Beispiele noch mehr, doch es ist wahrlich genug, um den Geist zu zeigen, der bei der Aufassung des Zolltarifs leider geherrscht hat. Es giebt so manche im Auslande, die sich heimlich ins Häuschen lachen über die weitererbende deutsche Industrie, die nichts schlaues weiß, als ihre Grenzen zu verschließen.“

Der ganze Wuchertarif ist am 12. November mit großer Mehrheit angenommen worden. In drei Stunden wurde das große Werk vollbracht. Nun geht die Vorlage von der Regierungsvorrichtung an den Reichstag, wo sie jedenfalls eine gründlichere Behandlung erfahren wird. Aber deshalb dürfen die deutschen Arbeiter nicht erlahmen in ihrer Protestbewegung gegen den Wuchertarif, bis den Brodrechtverweirern das Handwerk gelegt ist. Darum Kollegen, auf zum Kampf gegen diese ungeheuerliche Volksausbeutung, nieder mit dem Wuchertarif!

Aus Köln a. Rh. wird uns von einem Kollegen mitgetheilt, welche Submissionen blühen wieder bei der Vergebung der Maler- und Anstreicherarbeiten einer städtischen Schule zum Vorchein kamen. Von 35 Submissionen war die höchste Forderung 11 426,43 M (Schulte & Stettenfeld), die niedrigste 2743 M (Schneider). Der früher als Sieger aus der Submission vom „Bürgerhospital“ hervorgegangene Herr Behring scheint diesmal besser kalkulirt zu haben, denn sein Angebot belief sich auf 5032 M. Interessant wäre es zu wissen, mit welchem Uö hnen diesmal Herr Schneider gerechnet hat. Es ist anzunehmen, daß nur auf Grund der auch in Köln sich täglich mehrenden Arbeitslosigkeit ein solches Resultat erzielt werden konnte, da die hereinbrechende Noth für viele Arbeitgeber ein willkommener Anlaß ist, die getroffenen Tarifvereinbarungen zu durchbrechen, infolge des Ueberangebots von Arbeitskräften. Ein bekannter „Obermeister“ äußerte sich kürzlich dahin: „daß solche Submissionen zum Vorchein kommen, liege an den Meistern, die nicht rechnen können.“ Der Herr nahm sich das so zu Herzen, daß er das ganze Malergerwerbe an den Nagel hing und Farbereisen der wurde.

Am den in letzter Zeit vielfach aus Köln gemeldeten Mifständen tragen aber unsere eigenen Kollegen die meiste Schuld. Es bedauerlicherweise hier das bekannte Sprichwort: „Das ist der Fluch der bösen That . . .“ Die im Vorjahre so glänzend hervorgetretene Einigkeit ist nach kurzer Dauer wieder aus dem Keim gegangen. In dem Wahn, nun haben wir ja unseren Tarif, nahm der alte Schenbrian die Oberhand und die meisten Kollegen vergaßen, ihre Pflicht der Organisation gegenüber weiter zu erfüllen. Was den Kollegen einbringlichst an das Herz gelegt wurde — mit allen Kräften die errungenen Vortheile aufrecht zu erhalten, wurde nicht beachtet und ging unter in dem in Köln besonders stark ausgeprägten Sinn für Vergeltungsstrafe. Wo die Erkenntniß fehlt, daß die Gewerkschaftsorganisation ganze Männer erfordert, die stündlich zum Kampf bereit sein müssen, die mit großen Opfern erlangte Position zu verteidigen, da kann es uns nicht wundern, wenn es zusehends wieder abwärts geht. Bezeichnend ist dafür, daß man in vielen Werkstellen bei Licht arbeitet und der Gehülfe Lampe und Petroleum selbst stellen muß, was man vor 12 Jahren nicht konnte.

In Siegen machten sich unsere Kollegen an die Arbeit, einmal ein zuverlässiges Bild über die örtlichen Verhältnisse zu gewinnen. Der Vorort Weidenau war bei den Erhebungen mit in Betracht gezogen. Aus dem gewonnenen Resultat haben wir Folgendes hervor: Insgesamt arbeiten in Siegen in 35 Werkstellen 143 Kollegen, wovon 71 organisiert sind. Verheirathete sind 20 anwesend mit 21 Kindern. Die Arbeitszeit beträgt, mit Ausnahme von zwei Werkstellen, wo noch 11 resp. 12 Stunden gearbeitet wird, 10 Stunden. Die Lohnverhältnisse weisen in 12 verschiedenen Stufen folgende Ziffern auf: Es erhalten 2 Gehülfe a 55 P pro Stunde, 3: 50, 26: 45, 9: 43, 21: 42, 48: 40, 15: 38, 3: 37, 2: 36, 12: 35, 1: 27, 1: 25. Die Zahl der Lehrlinge ist nicht angegeben, da in den meisten angeblüh keine vorhanden sein sollen. Aus dem Gesamtbild ist zu ersehen, daß noch vieles im Argen liegt, was deutlich aus den Lohnverhältnissen hervorgeht, die ansehnend ganz willkürlich in Anwendung kommen.

Barren. (Situationsbericht.) Nichts Gutes können wir aus dem „Münderthal“ melden. Am Freitag wurde unferertheils alle mögliche Mühe angewandt, die Organisation zu stärken. Es fanden alle Monate Versammlungen statt mit gewerkschaftlichen Vorträgen, die auch keinen besseren Erfolg hatten. Mit der Hausaufklärung hatten wir anfangs ganz gute Fortschritte gemacht, leider mußten wir aber im letzten Jahre verschiedene traurige Erfahrungen machen. Während früher fünf Eintassirer in Thätigkeit waren, ist jetzt nur noch ein Kollege übrig. Die Drückbergeret ist groß, die Meisten wollen überhaupt kein Amt annehmen, so daß die ganze Arbeit nur auf einigen Schultern ruht. Eine riesige Gleichgültigkeit ist unter den Kollegen eingedrungen, die sicherlich für unsere materielle Lage schwere Folgen nach sich ziehen wird. Es ist dies um so bedauerlicher, da fast alle hier anfassigen Kollegen schon einmal „organisiert“ waren, aber über kurz oder lang der Vereinigung wieder untreu wurden, durch ihr unzerzählliches Verhalten ganz selbstverständlich uns die Agitation bei den jüngeren Kollegen sehr erschwerend. Es ist darum an der Zeit, daß diesem Indifferentismus Halt geboten wird. Die jetzige schlechte Geschäftsconjunktur möge die Kollegen an ihre Pflicht erinnern, die sie in der günstigen Zeit so schwer vernachlässigt haben, damit ihre Lage nicht noch tiefer herabgedrückt wird.

Essen. (Situationsbericht.) Es wäre eigentlich Aufgabe des Agitationskomitees, über die Lage im Ruhrrevier einen kurzen Bericht zu erstatten. Da wir aber im Allgemeinen von der Thätigkeit einer solchen nichts hören, nehmen wir an, daß dieselbe in Düsseldorf wohl ein bescheidenes Dasein führt. Wenn wir auch keineswegs unser ganzes Heil von einer derartigen Konstitution erwarten, sondern selbst fleißig mit Hand anzulegen haben, so ist doch unser Weisheit letzter Schluss, daß eine Agitationskommission namentlich in der jetzigen kritischen Zeit unbedingt auf dem Posten sein muß. Auch im Ruhrrevier hat die Krise ihren unheilvollen Einzug gehalten; die siebte-hafte Thätigkeit im Bergbau und Bauwesen ist gelähmt, wie ein abgepannter Organismus nach übermäßiger Kraftleistung. Aus allen Himmelsgegenenden haben sich während des in den letzten Jahren vollzogenen kolossalen Aufschwungs die Arbeiter nach hier zusammengedrängt, und nun dieser Umschlag. Selbstverständlich wird nun der ganze Schaden auf das Konto der Arbeiter gewälzt; Entlassungen, Lohnreduzierungen, Freierstichten u. sind an der Tagesordnung, schwer hat die große Masse der Arbeiter um tägliche Brod zu ringen, wenn sie überhaupt nicht gänzlich brodlos dasteht. Das ist in kurzen Zügen das gegenwärtige Bild. Daß durch diese Verhältnisse die Bauthätigkeit und auch unser Beruf besonders nachtheilig in Mitleidenschaft gezogen werden, ist einleuchtend. Indem noch vor zwei Jahren sogar im Winter in unserem Berufe keine Arbeitslosigkeit vorhanden und das rheinisch-westfälische Industriegebiet ein Zufluchtsort vieler Arbeitsloser war, ist dem gegenüber zu konstatiren, daß selbst im verfloffenen Sommer viele Kollegen und andere Bauarbeiter zum Freiern gezwungen waren. Dadurch hat unsere Filiale sehr zu leiden und wird voraussichtlich nicht die gewohnte Frequenz und das rege Leben zu verzeichnen haben, das sonst die besonders aus den nördlichen Provinzen zuziehenden Kollegen in die Filiale brachten. Zwar haben wir uns Dank der Thätigkeit der Bezirksassistenten einen ziemlich stabilen Mitgliederbestand erhalten, jedoch läßt der Versammlungsbesuch fast alles zu wünschen übrig. Es ist bedauerlich, daß auch wir eine ganze Anzahl Kollegen haben, die glauben, ihre Pflicht als organisierte Arbeiter vollst auf zu haben, wenn sie gelegentlich ihre

Beiträge entrichten. Das muß anders werden, Kollegen, soll mit der Zeit die verfluchte Gleichgültigkeit nicht ganz dominiren! Wenn wir auch im Zeichen der Arbeitslosigkeit stehen, so dürfen wir dennoch nicht in unserer Agitation erlahmen, und dazu gehört der rege Versammlungsbetrieb. Schließen wir also fester unsere Reihen, zumal in nächster Zeit uns noch verschiedene Aktionen bevorstehen, bei welchen wir auf alle Fälle unsere Interessen vertreten müssen.

Böln a. Rh. (Situationsbericht.) Nachdem vor einigen Jahren die am hiesigen Orte bestehende Filiale wegen zu geringem Interesse der hier beschäftigten Gehülfe wieder eingegangen war, wurde von einigen Kollegen die Gründung eines Lokalvereins für Böln angeregt. Auch ein „Meister“ war für diese Sache und sprach sich dahin aus, daß niemand etwas dagegen haben würde, wenn wir eine Vereinigung für Böln errichteten, aber Geld nach Hamburg senden, das ist ja Unsinn, das ist ja doch zum Fenster hinausgeworfen; vorkommende Differenzen könnten dann im Guten beiderseitig erledigt werden. — Auf diesen Vorschlag blieb die Mehrzahl der Gehülfe stehen und es entstand der sogenannte „Maler-Club, Lokal-Vereinigung für Böln“, in der Hauptsache: Klimbin-Verein. — Da nun auch hier eine Zwangsinnung der Maler usw. ins Leben gerufen war, so hatten wir vorkommende Wünsche der Gehülfe bloß an die Innung zu berichten und konnten im Voraus versichert sein, daß dieselben „abgelehnt“ wurden. Als der zur Innung gehörende Gesellenausschuß zusammenge stellt war, wurde vom Obermeister Herrn W. Böhm in der üblichen Ansprache unter anderem gesagt: „Wir wollen zusammen das Malergerwerbe heben und versuchen, die Lage der Meister sowie der Gehülfe zu verbessern.“ Auf diese schöne Rede haben wir uns veranlaßt, ein Gesuch an die Malerinnung zu senden betreffs Aufbesserung der sehr niedrigen Löhne und bessere Behandlung der Gehülfe seitens der Meister, welche sehr viel zu wünschen übrig ließe. Auf dieses Schreiben erhielten wir folgenden, mit dem früher Gesagten auf Streifzug stehenden sehr charakteristischen Bescheid: „An den Beauftragten der Malergehülfe und Anstreicher der hiesigen Werkstellen, Herrn Ernst Scherf, hier.“

In höflicher Beantwortung Ihres Gesuches vom 25. 4. 01 diene Ihnen ein Auszug des Protokolls der Innungsverammlung vom 4. 6. 01 zur Antworth.

Punkt 1 der Tagesordnung, Gesuch der Malergehülfe und Anstreicher um Lohnerhöhung u. ein Schreiben der Malergehülfe und Anstreicher vom 25. 4. 01, worauf nach gegenseitiger Aussprache folgendes Schreiben an die Malergehülfe gerichtet werden soll:

Die Innung lehnt es ab, ihren Mitgliedern Vorschreiben über die Höhe des Lohnes, über die Zeit der Auszahlung sowie über die Behandlungsweise der Gehülfe, Anstreicher und Arbeiter zu machen.

Gründe: Die Löhne am Ort sind mit den Löhnen der viel größeren und theureren Stadt Gera die gleichen, obwohl die Leistungen vieler der hiesigen Gehülfe hinter denen der dortigen zurückbleiben. Die Auszahlung an der Arbeitsstelle ist bei unseren verstreuten Arbeiten unmöglich. Behandelt wird Jeder, wie er es verdient.

Hochachtungsvoll
Zwangsinnung der Maler, Lackierer, Dekorateur, Sattler und Tapezierer zu Böln.

W. Böhm, D.-M. W. Müller, stellv. D.-M.
Dieser liebe Brief der wohlwolligen Innung schlug dem Haß den Boden aus. Von dieser Stunde an war den Kollegen der hiesigen Lokal-Vereinigung der Staat gestochen und sie wurden sich klar, was auf Versprechungen der wohlwolligen Innung mit ihrem nur „auf das Wohl der Gehülfe“ bedachten Obermeister W. Böhm an ober Spitze zu geben sei und im „Guten“ hier überhaupt nichts zu erreichen war. Es wurde der „Maler-Club“ wieder aufgelöst und dem Deutschen Maler-Verband wieder beigetreten. Im Juli d. J. kam denn auch eine Filiale am hiesigen Orte zu Stande und gehören derselben ziemlich alle hier arbeitenden Kollegen an. Die noch fehlenden sind wohl auch nicht zu gewinnen, sie hängen zu sehr vom Meister ab. Einer dieser Nach-Kollegen brachte zu seiner Entschuldigung die geistreiche Antwort: „Was soll denn mein Meister von mir denken, wenn ich dem Verband beitreten würde.“ Solche Kollegen von ihrem Wahn aufzuklären, wird wohl noch ein schweres Stück Arbeit sein. Die der Vereinigung angehörenden Kollegen sind nun voll und ganz bei der Sache, und wir hoffen, die hiesige Filiale nach Möglichkeit zu vergrößern, damit sich in absehbarer Zeit die Lage der Gehülfe verbessert.

(Aus obigem Innungsschreiben möchten wir die Kollegen ganz besonders auf den letzten Satz aufmerksam machen: „Behandelt wird Jeder, wie er es verdient!“ Deutlicher kann wohl kein unorganisirten, gleichgültigen, denksauren Kollegen die Wahrheit nicht gesagt werden. Es klingt nach Hohn und Spott, ein solches Wort aus Arbeitgeberkreisen zu hören, doch ist es berechtigt. Wünschen die Arbeiter anständige Behandlung und Entlohnung, so können sie es, wenn sie nur wollen, und dieses Wollen konzentriert sich einzig und allein in der Organisation. D. Reb.)

Gewerkschaftliches und Soziales.

Der Vorstand der Glanzarbeiter giebt bekannt, daß noch 274 Verheirathete mit 690 Kindern und 98 Ledige ausgeperrt sind. Zur Unterstützung sind wöchentlich 5234 M. nöthig.

In Arnstadt sind die Handschuhmacher wegen Lohnabzuges in einen Abwehrstreik getreten. Gewinntheiligung der Arbeiter. Die Firma Carl Reiß in Jena, Fabrik optischer Apparate, zahlt für das abgelaufene Geschäftsjahr 10 pZt. Dividende = 165 000 M an ihre Arbeiter.

Die Gewerkschaftstabelle Deutschlands.

Zur Beachtung!
Von Eisenberg (S.-Mtenberg) wird uns ein Aufruf des Gewerkschaftstabelle zu Colberg zugeandt, der anscheinend an alle Gewerkschaftstabelle Deutschlands gerichtet ist.

In dem Aufruf werden die organisierten Arbeiter aufgefordert zu Geldsammlungen zur Unterstützung der Familien der inhaftirten resp. flüchtig gewordenen Genossen: H. Sternberg, A. Kurz, A. Klein, G. Weidemann und G. Werler.

Hierzu erklären wir: Alle fünf Personen sind Mitglieder unseres Verbandes. Die Familien derselben sind seit der Verhaftung resp. Flucht von uns unterstützt worden und erhalten auch fernerhin Unterstützung. Ein Eingreifen der organisierten Arbeiterschaft Deutschlands ist demnach nicht erforderlich.

Alle Arbeiterzeitungen werden um Nachdruck gebeten. Zentralvorstand der Maurer Deutschlands.
J. A.: Th. Bömelburg.

Das Hamburger Gewerkschaftskartell beschloß in einer gemeinsamen Sitzung der Delegierten und Gewerkschaftsvorstände, durch seine Kommission den Hamburger Senat in geeigneter Form ersuchen zu lassen, der Errichtung eines kommunalen, paritätischen Arbeitsnachweises näher zu treten. Die Wichtigkeit der Gewerkschaftsverträge ist trotz der herrschenden starken Ablehnung gegen nicht gewerkschaftliche Arbeitsnachweise zu der Überzeugung gelangt, daß angesichts der stetig wachsenden Vermittelungsarbeiten der Nachweiskommission der Industriellen und Arbeitgeberverbände diese Zurückhaltung aufgegeben werden müsse.

Die Arbeitslosen-Unterstützung ist im Verband der Räder durch Abstimmung beschlossen worden. 1623 Stimmen waren dafür, 801 dagegen. Der Wochenbeitrag beträgt deshalb vom 1. Januar ab 40 Pfg. pro Mitglied, von welchem 30 Pfg. der Hauptklasse zufallen.

Unterstützungsfonds für Gewerkschaftsbeamte. In Anbetracht der immer zahlreicher werdenden Beamtenklasse, die sowohl in den Gewerkschaften als auch in der politischen Partei tätig ist, wurde der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands auf dem letzten Gewerkschaftskongress der Auftrag, ein Statut für Versicherungsanstalten auszuarbeiten, da sich das Verlangen nach einer derartigen Einrichtung, die für das Alter oder im Falle des Ablebens für die Hinterbliebenen eine gute Stütze bietet, immer mehr bemerkbar macht. Die Generalkommission veröffentlicht nun das Statut einer Klasse, die für Invalidität, Witwen- und Waisenversorgung eine Unterstützung vorsieht, während vor Kurzem der Verein „Arbeiterpresse“ schon die Grundzüge eines Pensionsstatutes verabschiedet.

Es ist selbstverständlich, daß, wenn solche Einrichtungen geschaffen werden, sie über das hinausgehen, was der Staat an sozialpolitischen Versicherungsanstalten ins Leben gerufen hat, allerdings wird auch eine Grenze nach oben hin gezogen, da die Leistungen, die jede Versicherung fordert, keine willkürlichen sein können.

Die Generalkommission hat die finanzielle Grundlage des Unternehmens mit peinlicher Gewissenhaftigkeit nach den Erfahrungen der Krankenkassen, Berufsgenossenschaften und der Invaliditäts- und Altersversicherung geprüft. Während der Verein Arbeiterpresse einen Beitrag von 6 p. Ct. des Gehalts forderte, glaubte die Generalkommission mit einem Beitrag von lediglich 50 Mk. für die erste Klasse und 60 Mk. für die zweite Klasse auskommen zu können. Die erste Klasse umfaßt die Gehälter über 2000 Mk. jährlich, die zweite Klasse geht unter diese Gehaltshöhe. Der Beitrag soll ein freiwilliger sein und dahin gestrebt werden, daß die Organisation der Arbeitgeber die Hälfte des Beitrages zahlen. Der Anschluß an den Fonds kann gestattet werden: Den vollbefähigten Angehörigen der Gewerkschaften, Arbeitselemente und Krankenkassen; Angestellten (Mediziner, Geschäftsführer, Expedienten, Berichterstatter) der zur modernen Arbeiterbewegung gehörenden Berufsvereine (einschließlich Wandvereine); den Schriftstellern und Mitarbeitern, die ihren Hauptberuf in der gewerkschaftlichen und politischen Presse der modernen Arbeiterbewegung finden.

Als Unterstützung ist vorgesehen im Falle der Invalidität, die durch ärztliches Gutachten bestätigt sein muß, eine Jahresunterstützung von 1200 Mk. in erster Klasse und 900 Mk. in zweiter Klasse. Die Witwenunterstützung soll in erster Klasse 120 Mk., in zweiter Klasse 90 Mk. betragen; für unterhaltlose Waisen 240 resp. 180 Mk. An Sterbegeld soll 100 Mk. gezahlt werden. Die Verwaltung des Fonds soll sieben Personen übertragen werden. Drei derselben stellt die Generalkommission aus ihren Mitgliedern, während vier von den am Sitz der Generalkommission wohnenden Beteiligten gewählt werden. Die Klassenverwaltung wird von einem Mitglied der Generalkommission geführt.

Wird auf dem nächsten Gewerkschaftskongress kein erheblicher Widerspruch gegen das Statut erhoben, so ist Hoffnung vorhanden, daß es am 1. Oktober 1902 in Kraft tritt.

Eine Hausbesitzerversammlung in Berlin nahm zur Wohnungsfrage und zu den Berufsgenossenschaften und deren Unterstützung aus öffentlichen Mitteln Stellung. Aus der angenommenen Resolution geht demnach auch deutlich hervor, wie weit die Unerschämtheit bei dieser Hausagenden hervortritt. Es wird darin darauf hingewiesen, daß a) da die Gemeinden in erster Reihe zur wirtschaftlichen Verwaltung des Gemeindevermögens berufen sind, die Unterstützung aus öffentlichen Mitteln von Personen oder Gesellschaften, welche den Zweck verfolgen, dem freien Privatbesitz Konkurrenz zu machen, unstatthaft ist; b) die Unterstützung von Bauerngenossenschaften aus öffentlichen Mitteln eine Ungerechtigkeit gegen die Allgemeinheit ist, da nur Wenige die öffentlichen Vorrechte dieser Unterstützung genießen können; c) die Übernahme von Grund und Boden durch die Gemeinden nur so weit statthaft ist, als sie dazu dient, gezielte festgestellte Bedürfnisse der Gemeinden zu befriedigen (Schulen, Krankenhäuser, Armenhäuser usw.). — Im Uebrigen war die Versammlung anlässlich dieser Unterredung einverstanden, daß zur Beweissicherung ein Wohnungsausschuss von Reichs- oder Landeswegen geschaffen wird, sofern in diesem der sachliche Grundbesitz entsprechend vertreten ist. — Das fehlte gerade noch, den Hoch zum Gärtner zu bestellen; die Wohnungsfrage würde dann bald ihre Lösung gefunden haben.

Zur Arbeitslosigkeit. In Sachsen und den thüringischen Staaten sind seitens der Regierungen Erhebungen über die industrielle Lage und die Arbeitslosigkeit nach dem Vorgehen Badens und Bayerns angeordnet worden. Die immer schärfer auftretende Arbeitslosigkeit stellt die Sozialpolitiker vor schwer zu lösende Aufgaben. Die Behörden beunruhigen sich vorläufig mit der Aufgabe, festzustellen, welchen Umfang die Arbeitslosigkeit angenommen. Selbst die gewerkschaftliche Presse, für die sonst ein Nothstand nur in der Phantasie der „Heher“ existiert, kann nicht mehr umhin, die sozialpolitische Lage einzugehen; gleichwohl bringt es noch das bayrische Bauernbundesblatt fertig, die Forderungen der Agrarier zu rechtfertigen, „da deren Erfüllung notwendig, um die Arbeitslosen zu überwinden; nachdem es kurz vorher schrieb: „Die Kranken- und Armenhäuser, sowie die Gefängnisse füllen sich zur Zeit in geradezu beängstigender Weise, ein trauriges Zeichen unserer sozialen Lage und der jetzt allerorten herrschenden Arbeitsnot.“

Den „Blaublitzigen“ scheint die gegenwärtige Lage recht gut in den Kränzen zu passen, in der Hoffnung, so billige Arbeitskräfte erlangen und später einmal den wanderlustigen Landarbeitern das in den Industriestädten herbordrehende Glanz der Zeit der Krise als abschreckendes Beispiel vorzuführen zu können.

In Offenbach a. M. bewilligten die Stadtverordneten 30 000 M zur Beschäftigung Arbeitsloser. Zu gleichen Zwecken die Danziger Stadtverwaltung 25 000 M.

Durch das Drängen des Gewerkschaftskartells in Mühlhausen i. El., welches in einem Flugblatt die Unthätigkeit

der Stadtverwaltung scharf geißelte, sah sich eine Kommission des Gemeinderaths, die wohl längst bestand, aber sonst schlammig, veranlaßt, vom Gemeinderath einen Kredit von 150 000 M für Nothstandsarbeiten zu verlangen.

Auch die städtische Betriebsdeputation in Breslau schlägt in größerem Umfange Nothstandsarbeiten vor.

Der Andrang zu den öffentlichen Arbeitsnachweisen im Reich hat im Oktober einen solchen Grad erreicht, daß auf jede offene Stelle zwei Arbeitsuchende zu bezeichnen waren. — Dennoch versteht selbst in den Zeiten der Krise das Unternehmertum es, den Profit hochzuhalten und die sogenannte Unternehmerrisiko in schmällicher Weise auf die Arbeiterschaft abzuwälzen. Die von allen Seiten einlaufenden Meldungen über Lohnherabsetzungen und Arbeitszeitverkürzungen bieten ein entsprechendes Bild hierfür.

Vangewerbliches.

Berufsgenossenschaften.

Nordöstliche Vangewerks-Berufsgenossenschaft. Zusammenstellung der im 2. Quartal 1901 gemeldeten Unfälle.

Bezeichnung der Sektion	Anzahl der Verletzten	Erwerbsunfähig.		Summe
		Über 13 Wochen	Unter 13 Wochen	
Sektion I. Berlin	12	99	801	912
„ II. Brandenburg	7	79	376	462
„ III. Pommern	—	44	122	166
„ IV. Westpreußen	3	41	161	144
„ V. Ostpreußen	2	33	165	140
Summe	24	296	1504	1824

Hamburgische Vangewerks-Berufsgenossenschaft. Zusammenstellung der zur Anzeige gelangten Unfälle.

Sektion	Unfallanzeigen		Todesfälle		Entschädigte Unfälle		
	Jan. bis Aug. 1901	Summe	Jan. bis Aug. 1901	Summe	Jan. bis Aug. 1901	Summe	
I. Hamburg	726	105	831	9	10	97	107
II. Lübeck	100	12	112	3	—	3	—
III. Kiel	359	23	292	3	—	3	—
IV. Altona	84	5	89	1	—	1	—
V. Schwerin	229	20	249	8	—	8	—
Summe	1408	165	1573	24	1	25	30

Vom Ausland.

Skandinavischer Situationsbericht.

E. Br. In den letzten Wochen ist in Schweden das Generalstreikproblem in allen Gewerkschaften sehr lebhaft debattiert worden. Wie bekannt, trat die im August in Malmö stattgefundene Wahlrechtskonferenz einen Beschluß, der die schwedischen Arbeiter aufforderte, sich für eine allgemeine Arbeitsniederlegung zu rufen, für den Fall, daß die herrschenden Klassen auch diesmal den Versuch machen würden, die Wahlrechtsfrage zu vertuschen resp. nur eine Scheinreform durchzuführen. Der am 22.—24. August in Koppenhagen stattgefundene allgemeine skandinavische Arbeiterkongress sanktionierte durch eine einstimmig angenommene Resolution diesen Beschluß und versprach den schwedischen Arbeitern sowohl die moralische als auch materielle Unterstützung ihrer Klassenbrüder in Dänemark und Norwegen, wenn sie durch die Ungerechtigkeit und Einseitigkeit der herrschenden Klassen gezwungen werden, dieses für den gesamten Wohlstand der Nation so gefährliche Mittel zu ergreifen. Das gegenwärtige Wahlrecht zur zweiten Reichstagsperiode ist von der Verteuerung von 800 Kronen abhängig, wodurch die überaus große Zahl der männlichen Bevölkerung Schwedens ohne jegliche politische Rechte dasteht. Alle bis jetzt gemachten Versuche, ein gerechteres Wahlrecht einzuführen zu sehen, sind an dem Widerstand der Regierung und ihrer Schützlinge gescheitert. Auch diesmal scheint es nicht anders eintreten zu wollen und so wird für die schwedischen Arbeiter nichts anderes übrig bleiben, als den obengenannten Beschluß zur Ausführung zu bringen. Von diesem Geiste sind auch überall die zu dieser Frage Stellung nehmenden Versammlungen durchdrungen. Ueberall ist die Zustimmung zum Malmöbeschlusse einstimmig erfolgt. Das Sekretariat der Landesorganisation der schwedischen Gewerkschaften, in Verbindung mit dem Vorstand der sozialdemokratischen Partei hat den Beschluß gefaßt, einen Extrabeitrag in der Form eines Tagelohnes ihrer Mitglieder zu erheben. In dieser Hinsicht nehmen auch unsere dortigen Kollegen eifrig Theil und an verschiedenen Orten haben sie eine solche Ueberweisung von 350 Kronen beschlossen. Geht es so weiter, so wird der nächste Reichstag, der sich mit der Reform des Wahlrechts beschäftigen soll, die organisierte Arbeiterkraft gerüstet vorfinden und die entsprechende, dürfte sicherlich nicht ohne Einfluß an ihm vorübergehen.

Im Uebrigen ist in unserem Berufe die letzte Zeit ziemlich ruhig vorübergegangen.

In Schweden ist allerdings ein größerer Lohnkampf in Treleborg zu verzeichnen sowie ausgebrochene Kämpfe an einigen mechanischen Werkstätten für Eisen- und Strahlenbahnwagenbau etc., wodurch einige unserer an diesen Arbeitsplätzen beschäftigten Kollegen in Mitleidenschaft gezogen wurden. Auch in Norwegen sind ein paar solche Fälle zu verzeichnen, sobald unsere reisenden Kollegen gut thun, sich an die betreffenden Organisationen erst zu wenden, bevor sie dort Arbeit suchen. Uebrigens, da der Streikbrecher von den skandinavischen Arbeitern in aller anderen nur in einer lebenswürdigen Weise behandelt wird, verläßt man sich über die Sachlage zu orientieren, so kann man leicht gegen seinen Willen zum Streikbrecher werden; daher ist Vorsicht immer am Platze.

In Norwegen wird außerdem auch in unserer Arbeiterorganisation ein Extrabeitrag zu Gunsten der Wohlthätiger in Kristiania sowie der Arbeiter des Kupferwerks in Nöra, die lange und schwere Kämpfe um ihr Koalitionsrecht führen, erhoben.

In Dänemark sind noch Konflikte in Rönne, Aktieby und Nexö zwischen unseren Kollegen und den Arbeitgebern ausgebrochen, die sich weigern, den Festschmiedtag einzu-

führen und einen Minimallohn von 35 Öere zu zahlen. Auch in Gladsaxe ist nicht alles mit den Meistern im Meinen und Arbeitsniederlegung in unserm Stadtbereich angeordnet, sich an den Vorsitzenden der Organisation zu wenden.

Ueber eine höchst verwerfliche Form der Notharbeit, so wie sie dort mehr und mehr um sich greift, berichtet die Oktobernummer unseres dortigen Stadtbereichs. Sobald auf Bauten in Aktor gearbeitet werden soll, überläßt der Meister die Leitung der ganzen Arbeit einem Vorarbeiter; dieser hat dann die ganze Arbeit, die sonst auf den Meistern selbst fallen müßte, zu erledigen. Der Vorarbeiter wird aber nicht von diesem bezahlt, sondern von den in Aktor arbeitenden Kollegen. Dieses System hat zu solchen Unzulänglichkeiten geführt, daß man im Ernst daran zu denken beginnt, demselben Gehalt zu thun. Daß dies eine sehr schwere Aufgabe sein wird, liegt auf der Hand; mit vereinigten Kräften und gutem Willen dürfte es jedoch zu einer befriedigenden Lösung zu bringen sein.

Verschiedenes.

In der Johanniswoche zu Lüttenwalde, einem gotischen Bau aus dem 15. Jahrhundert sind bei Entfernung des Puges Malereien freigelegt worden, die die Gewölbe und Wandhöhlen des Chores bis zu den Kämpfern bedecken. Sie sind meistens ornamental gehalten, mit Einflechtung zahlreicher Wapen, über den Chorkor sind vier Wandbilder mit den Symbolen der Evangelisten angebracht. Die in dem Chor aufgedeckten Malereien dürften aus dem Anfang des 16. Jahrhunderts stammen, da die Motive und die Ausführung der Freskenmalerei angehören, aber auch noch Anklänge an den gotischen Stil aufweisen.

Die Erziehung zur Kunst. Am 29. September versammelten sich in Dresden zum ersten Male deutsche und österreichische Pädagogen und Künstler, um über die künstlerische Erziehung der deutschen Jugend zu beraten. Die meisten Rednerinnen, Lehrkräfte und Museen Vertreter fanden. Ueber den Verlauf des Kongresses, der unter der Führung des bekannten Hamburger Professors Lichtwark stand, wird folgendes berichtet:

Nach der Eröffnung der Verhandlungen durch Geheimrath v. Seibitz sprach als erster Referent Dr. Hof Hamburg über das Künstlerstudium. Er legte gegenüber der Forderung nach Schularbeiten das Hauptgewicht auf Naturbeobachtung und Beobachtung. Von bildnerischem Gehalt finden erregende Bilder in einfachster Darstellung den meisten Beifall bei Kindern. Hierfür spricht Direktor Pauli Bremen über ein den künstlerischen Anforderungen entsprechendes Bilderbuch. Er geht von der Anschauung aus, daß das Kind zunächst selbst darüber urtheilen müsse, welche Bücher für sein Auffassungsvermögen die verständlichsten und ansprechendsten seien. Dieses Urtheil müsse in gewisser Beziehung auch für die Erwachsenen bei der Auswahl maßgebend sein. Anknüpfend an den „Struwwelpeter“, dem er künstlerische Qualität abspricht, fordert er, daß der Illustrator ein wahrer Künstler sein müsse. Was den Gegenstand der Darstellung betreffe, müsse vor allem der Wissensdrang und die Begierde nach Neuem bei dem Kinde befriedigt werden. Ferner sei Humor und Phantasie unerlässlich. Es sei deshalb auch eine höhere Entfaltung des Bilderbuches nur in den Ländern zu finden, in denen das Familienleben stark ausgebildet ist. Der Vortragende warnt jedoch davor, das Bilderbuch in die Schule zu bringen oder es zum Gegenstand ästhetischer Belehrungen machen zu wollen. Lehrer Göthe Hamburg versetzt über Erziehung in Form und Bildern. Durch das fortwährende Umgehen mit dem geschriebenen Wort sei unser Denken und Empfinden ein durchaus abstraktes geworden. Der Redner plädiert daher für die Ausdehnung des Unterrichts im Zeichnen, welches ein wirksames Gegenmittel biete, da es im Gegensatz zur Schrift die Gedanken bildlich ausdrücke und den Schüler durch das Wiedergeben der Formen in ein näheres Verhältnis zur Natur bringe. Auch der naturwissenschaftliche Unterricht müsse, um seinen Zweck zu erfüllen, in zeichnerischer und bildnerischer Beziehung weitergebildet werden. Vom Standpunkt des Künstlers spricht Bildhauer Obrist die Beforgnis aus, daß auf dem Wege des Schulunterrichtes dem Kinde nur die Kunst verlehrt werden würde. Er faßt seine Ansicht dahin zusammen, daß der künstlerische Unterricht der Jugend nur von lebenden Künstlern zu erteilen sei. Lehrer Göthe spricht dagegen die Ansicht aus, daß sich der Lehrer allmählich den Verhältnissen anpassen und daß sich die Wissensschule mit der Zeit in eine Könnenschule vermannen werde. Einen der Hauptpunkte des Kongresses bildete der Vortrag des Direktors Professor Dr. Lichtwark über die Art, wie die Jugend zum Gemüth der Kunstwerke anzuleiten sei. Die Kunstgeschichte gehört seiner Ansicht nach nicht in die Schule, da sie das wirkliche Kunstverständnis wenig fördere. Dieses könne bloß durch die Anschauung, am besten von Originalen, gemerkt werden. In der Schule ist der Stoff für die künstlerische Ausbildung zunächst in der Heimath zu suchen und das Verständniß für ihre Schönheiten und den Werth ihrer Kunstschätze zu fördern. Erst dann soll ausländische Kunst zur Ausbildung herangezogen werden. Auch die Aufgabe der Museen sei es zunächst, ein Bild der heimathlichen Kunst zu geben. Genaue Zeichnungen sollen an den Kunstwerken selbst angebracht werden. Der Katalogauftrag, wie er in den meisten Museen und Ausstellungen betrieben werde, sei im höchsten Grade verwerflich. Nur in wissenschaftlicher Beziehung habe der Katalog einen Zweck, den Laien schreie er ab. Immer ist mündliche Erklärung einer schriftlichen vorzuziehen. Die Beschaffung von billigen Reproduktionen nach hervorragenden Meisterwerken sei besonders notwendig. Nach weiteren, minder interessanten Diskussionen wurde die Sitzung geschlossen.

Briefkasten.

Bohler-Greiz: In der Duttung vom Monat August (Nr. 38 d. „W.-M.“) sind 20.15 Mk. und im September (Nr. 44 d. „W.-M.“) 46.75 Mk. quittirt. Die Duttung ist also vollkommen richtig. Gruß G. W.

Vereinsheil.

Bekanntmachung des Hauptvorstandes.

Um allen Verthümern vorzubeugen, machen wir nochmals darauf aufmerksam, daß denjenigen Kollegen, welche aus Desterreich oder der Schweiz kommen, nur dann Reiseunterstützung auszusprechen ist, wenn dieselben Mitglieder des daselbst befindlichen Zentralverbandes sind und ein volles Jahr Mitgliedschaft aufweisen können. An Mitglieder von Fachvereinen, welche dem Zentralverbande nicht beigetreten sind, darf keine Unterstützung ausbezahlt werden.

